

**Thomas Feltes**

**Videoüberwachung. Es ist erst der Anfang... aber aller Anfang ist bekanntlich schwer.**

**Ein futuristisch-zynisches Szenario oder eine Aufforderung zu mehr „possipullity“<sup>1</sup>?**

**Veröffentlicht in:** Bewährungshilfe (2001), S.?

*Abstract*

*Technologische Entwicklungen werden entweder als Gefährdung oder als Chance unserer Zivilisation angesehen. Im Bereich der Strafverfolgung werden diese Entwicklungen besonders kritisch betrachtet, da Menschenwürde und Grundrechtsschutz oftmals unmittelbar tangiert sind. Zunehmend sind aber die Bürger bereit, auf diese Rechte zugunsten einer vordergründig „sicheren“ Umgebung zu verzichten. Der Beitrag versucht mögliche Entwicklungen in den nächsten Jahrzehnten auf der Basis derzeitiger Technologien am Beispiel der Videoüberwachung zu beschreiben. Dazu wird im ersten Teil die Methode des futuristischen Szenarios benutzt, die der Autor bereits in einem früheren Beitrag (BewH 1988, S. 90 ff.) angewandt hat. Im zweiten Teil folgt eine zusammenfassende Bewertung der Videoüberwachung unter sozialwissenschaftlichen Aspekten.*

Wir schreiben das Jahr 2039. Der Abweichungs-Sachverständige, nennen wir ihn einmal Maximilian, hat eine Einladung zu einer Anhörung vor dem Europäischen Parlament angenommen und programmiert gerade seinen GPS-Routefinder, um möglichst schnell und ohne Stau nach Berlin zu kommen, wo sich das Europäische Parlament seit dem Jahr 2020 befindet. Nachdem er sich durch Fingerabdruck dem System gegenüber legitimiert hat, gibt er das Ziel, den Tag und die gewünschte Ankunftszeit ein. Gleichzeitig übermittelt er der europäischen GPS-Zentrale den 20-stelligen Geheimcode, der ihm in Vorfeld von der Parlamentsverwaltung mitgeteilt wurde, um ihm die Überquerung der elektronischen Sperren rund um Berlin zu ermöglichen. Wenn er dies nicht tut, wird sein Route-Finder-System während der Fahrt von dem elektronischen Überwachungssystem umprogrammiert und er landet auf einem der speziell an allen strategisch wichtigen Autobahnkreuzen eingerichteten Kontrollparkplätze. Nachdem man fast alle Straßen in Europa mit Kontaktschleifen und alle Kreuzungen mit Videokameras ausgerüstet hatte (ursprünglich gedacht, um Staumeldungen schnell zu erhalten und Ausweichrouten berechnen zu lassen), wurden diese Systeme mit den fahrzeugeigenen Routing- und Kontrollsystemen vernetzt: Straßengebühren werden so automatisch kassiert, die Berechtigung zum Befahren bestimmter Strecken wird ebenso geprüft wie die Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeiten. Meldet das System eine Überschreitung der Toleranzen, werden die Videokameras bei der nächsten Gelegenheit auf dieses Fahrzeug ausgerichtet, Fahrzeug und Fahrer gefilmt und diese Daten sofort zur Auswertung an die europäische Straßenkontroll-Behörde übersandt. Zeitgleich wird überprüft, ob das Fahrzeug als gestohlen gemeldet ist, der Fahrer (der sich zuvor durch Fingerabdruck legitimiert hat, sonst setzt sich das Fahrzeug nicht in Bewegung) eine entsprechende Fahrerlaubnis besitzt oder sonst etwas gegen

---

<sup>1</sup> Zukunftsangst sei heilbar durch Zukunftseuphorie – meint Rich Somerville. Er befürwortet, was er „possipullity“ nennt – die Fähigkeit, sich durch die eigenen Zukunftsträume und –hoffnungen in die Imagination ziehen zu lassen. Rich Somerville, Profiles of Sohail Inayatullah, Tony Stevenson and Richard Somerville, Paper Political Science 672, Dez. 1994 unter [www.soc.hawaii.edu/future/j7/SOMERVILLE7/html](http://www.soc.hawaii.edu/future/j7/SOMERVILLE7/html). Der Autor dankt Frau Hilke März für die Unterstützung bei der Übersetzung englischer Quellenzitate.

diese Person vorliegt (nicht gezahlte Steuern, Strassengebühren, ausstehende Unterhaltszahlungen, Parkbussen etc.).

*Falls sich die Leserin bzw. der Leser (erst) an dieser Stelle fragen sollte, worum es sich hier und im folgenden handelt, sei ihr / ihm folgendes verraten: Bei diesem Beitrag handelt es sich um die in Teilen veränderte Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung „Videüberwachung“ vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages zu Berlin am 6. Juli 2000. Der Begriff des „Abweichungssachverständigen“ wurde gewählt, nachdem sich sowohl die Kriminologie (im Jahre 2007), als auch die Soziologie (rund 10 Jahre später) aus dem Wissenschaftsbetrieb mangels Effizienznachweis verabschiedet hatten und es im Bereich der Bekämpfung Abweichenden Verhaltens nur noch sog. „Kriminal-sachverständige“ gibt: eine Mischung aus Kriminalisten, Kriminaltechniker, PsychoSoziologen, Profilen und anderen, die sich auftragsgemäss mit der Erforschung und Verhinderung jeglicher Form Abweichenden Verhaltens beschäftigen. Der Begriff „Abweichendes Verhalten“, ursprünglich Mitte des 20. Jahrhunderts von sog. „kritischen“ Kriminologen geprägt, hat inzwischen längst den Begriff Kriminalität ersetzt, allerdings nicht unbedingt im Sinne der Erfinder. Man hat erkannt, dass die Definition als „kriminell“ viel zu eng und rechtlich zu genau definiert ist, um tatsächlich alles gesellschaftsschädliche Verhalten wirkungsvoll und auf Dauer zu eliminieren. Die Ausführungen basieren im übrigen auf kriminologischen, soziologischen, aber auch futuristischen Studien mit Stand Mitte des Jahres 2000. Bewusst wurde darauf verzichtet, sich auf die sog. herrschende Meinung bzw. angeblich wissenschaftlich erwiesene Ergebnisse zu beschränken. Die Wissenschaftsgeschichte zeigt, dass zum einen Wahrheit immer relativ ist und nur historisch verstanden werden und zum anderen schnell überholt sein kann. Nicht nur aus diesem Grunde beschäftigt das amerikanische FBI bereits seit längerem sog. „Futurologen“, die damit beauftragt sind, Zukunftsszenarien zu entwickeln: Szenarien für Verbrechen und Szenarien für Verbrechensbekämpfung. Der folgende Beitrag sieht sich in dieser Tradition. So wird in dem sog. „Law Enforcement Futures Project“ des FBI (etwa „Projekt zur Strafverfolgung in der Zukunft“) folgendes festgehalten: Strafverfolgungsorgane haben geschichtlich betrachtet ausschliesslich reaktive Methoden zur Bekämpfung der Kriminalität benutzt, was bedeutet: Die Straftat wird begangen und die Polizei reagiert. Auch wenn aktuelle Strategien wie die bürgernahe Polizeiarbeit oder die kommunale Kriminalprävention das Spektrum der Handlungsweisen auch in den präventiven Bereich ausweiten, so bleibt doch die prinzipielle Orientierung an der Vergangenheit, oder konkreter gesagt, an vergangenen oder gerade aktuellen Straftaten und Situationen. Es fehlt der Versuch, Entwicklungen vorauszusehen und sich damit auf das vorbereiten zu können, was in der Zukunft möglicherweise passiert. Dadurch verpassen die Strafverfolgungsbehörden Tausende von Möglichkeiten, positive Veränderungen im Vorfeld zu bewirken oder anzuregen und damit sich und die Gesellschaft positiv zu beeinflussen. Dabei stehen uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowohl die technischen als auch die intellektuellen Mittel zur Verfügung, um solche vorausschauenden Strategien zu entwickeln<sup>2</sup>.*

Aber zurück zu unserem Sachverständigen: Bevor Max aufbrach, hatte er noch schnell in einem auf der grünen Wiese gelegenen Supershop eingekauft und sich dabei bemüht, möglichst nicht hektisch oder nervös zu erscheinen. Seitdem er das letzte Mal, als er unschlüssig durch die Reihen gewandert war, den Moving-Detection-Alarm ausgelöst hatte, weiß er, dass es problematisch sein kann, unausgeruht oder unkonzentriert einkaufen zu gehen. Die von den im ganzen Haus installierten Kameras gefertigten Video-Aufnahmen werden sofort durch ein Computersystem mit einer an der Universität Leeds entwickelten Software überprüft<sup>3</sup>. Diese Software unterscheidet automatisch „verdächtiges“ von „normalem“ Verhalten und wurde anhand von Ermittlungs- und Verdachtsroutinen von Polizeibeamten entwickelt. Ein Dieb wird also bereits am Gang

<sup>2</sup> Vgl. [www.fbi.gov/programs/lefp/default.htm](http://www.fbi.gov/programs/lefp/default.htm); sehr instruktiv dazu ist auch das „Manoa Journal of Fried and Half-Fried Ideas“ des Hawaii Center for Future Studies (HRCFS) unter [www.soc.hawaii.edu/future/jrnls.html](http://www.soc.hawaii.edu/future/jrnls.html) sowie weitere Veröffentlichungen dieses Zentrums unter [www.soc.hawaii.edu/future/](http://www.soc.hawaii.edu/future/). Zu Methoden futuristischen Denkens wie Delphi, Environmental Scanning, Issues Management und Emerging Analysis vgl. Trudi Lang, An Overview of Four Futures Methodologies, [www.soc.hawaii.edu/futures/j7/LANG.html](http://www.soc.hawaii.edu/futures/j7/LANG.html).

<sup>3</sup> Vgl. taz 31. Mai 2000, S. 7

oder an seinem Verhalten erkannt oder, wie ein damals so genannter „Kriminologe“ Ende des 20. Jahrhunderts formuliert hatte: „Meine Schweine erkenne ich am Gang“<sup>4</sup>.

Zurück an seinem Haus öffnet sich die Garagentür automatisch, als die Videokamera sein Auto erkennt und gleichzeitig der integrierte elektronische Sensor den Weg freigibt. Durch Fingerabdruck entschärft Max das hauseigene Alarmsystem, das nicht nur das Haus, sondern das gesamte Gelände umfasst. Wäre in seiner Abwesenheit ein Besucher an der Haustüre erschienen oder hätte jemand unberechtigt seinen Garten betreten, würde ihm jetzt automatisch auf dem im Flur installierten LCD-Bildschirm ein Bild dieser Person gezeigt werden. Gleichzeitig würde das System die gescannten Daten mit den Daten seines PDA (ehemals „Nokia-Communicator“) überprüfen und ihm Namen, Uhrzeit und Telefonnummer des Besuchers anzeigen. Dieses Gesichtserkennungsprogramm, bereits im Jahr 2000 an der Ruhr-Universität in Bochum und der University of Southern California entwickelt<sup>5</sup> und auch kommerziell vertrieben, vergleicht Video-Bilder mit einer Datenbank und identifiziert jede Person, die darin gespeichert ist. Das System „ID 2000“ bzw. „Envisage“ von der Firma IMAGIS (<http://www.imagis-cascade.com>) bot diese biometrische Gesichtserkennung bereits seit dem Jahr 1999 für Pentium II-Computer unter Windows (das war das von Bill Gates entwickelte Betriebssystem, das dann nach mehreren weltweiten Sicherheitspannen komplett aus dem Verkehr gezogen werden musste; Bill Gates selbst musste mehrere Milliarden US-Dollar an Schadenersatz zahlen). Ebenfalls von dieser Firma gab es Casino-ID (für Spielkasinos), Fraud-ID (für Versicherungen) und Inmate-ID (für Gefängnisse).

Inzwischen ist dieses System längst weiterentwickelt worden: Entdeckt Max auf seinem Überwachungsvideo ein unbekanntes Gesicht, kann er dieses Bild sofort per Sprachkommando<sup>6</sup> an eine von privaten Sicherheitsfirmen betriebene Zentrale übermitteln, wo durch eine Scanner-Software überprüft wird, ob diese Person polizeilich gesucht oder sonst wie (z.B. als unpünktlicher Zahler) registriert ist. In Verbindung mit den Video-Überwachungssystemen, die in Deutschland seit 1996 (u.a. Fußgängerzone von Westerland sowie Leipziger Innenstadt<sup>7</sup>) bzw. 2000 (in Regensburg), in England schon früher<sup>8</sup> eingeführt worden waren, wird diese Software inzwischen auch benutzt, um Platzverweise in Innenstadtbereichen zu überwachen oder gesuchte Straftäter auffindig zu machen. Eine Ergänzungssoftware ermöglicht es auch, unauffällig präparierte wertvolle Gegenstände, die als gestohlen gemeldet worden sind, zu entdecken und zu melden. Dabei handelt es sich um eine Weiterentwicklung des bereits Anfang des 21. Jahrhunderts verfügbaren PKW-Ortungssystems: Während man dort über einen im Fahrzeug installierten Sender via Satellitenortung den Standort des Fahrzeu-

---

<sup>4</sup> Jo Reichertz, „Meine Schweine erkenne ich am Gang“. Zur Typisierung typisierender Kriminalpolizisten. In: *Grounded. Arbeiten aus der Sozialforschung* Nr.2/1990 (3.Jg.), Fernuniversität Hagen, S. 21 ff.

<sup>5</sup> Vgl. taz 31. Mai 2000, S. 7

<sup>6</sup> Seit etwa 2010 werden praktisch alle elektronischen Geräte sprachgesteuert, auch um zu gewährleisten, dass nur berechnete Personen diese Geräte benutzen. Vgl. John Tunick, L.A. 2022. unter [www.soc.hawaii.edu/future/j7/tunick.html](http://www.soc.hawaii.edu/future/j7/tunick.html)

<sup>7</sup> Vgl. C. Keller, Video-Überwachung: Ein Mittel zur Kriminalprävention. In: *Kriminalistik* 3, 2000, S. 187 ff.; Müller, in: *Die Polizei* 1997, S. 77ff.

<sup>8</sup> Vgl. Walker, Verbrechensbekämpfung in Großbritannien. In: *Kriminalistik* 1996, S. 345 f.; E. Short, J. Ditton, Seen and now heard. Talking to the targets of open street CCTV. In: *The British Journal of Criminology*, 38, 3, 1998, S. 404 ff.

ges feststellen konnte, handelt es sich hier um eine passive Markierung, die von den seit einigen Jahren mit speziellen Sensoren ausgerüsteten Video-Kameras erkannt wird. Früher hatte man noch Kennzeichen von Fahrzeugen per Videoüberwachung optisch-elektronisch gelesen, doch auch dieses System wurde inzwischen durch nicht zu verfälschende elektronische Signale, die von jedem Fahrzeug ausgehen, ersetzt. Das Ortungssystem via elektronischem Chip ist inzwischen auch längst weiterentwickelt worden. Der programmierbare und unter die Haut transplantierbare Mini-Chip sollte bereits eingesetzt werden, um verurteilte und rückfallgefährdete Sexual- oder Gewalttäter jederzeit orten zu können, nachdem er bereits 1999 im Mini-Format verfügbar war und von einem Richter in Massachussetts (USA) zur Überwachung eines Mafia-Bosses, der Drogengeschäfte tätigte, in Verbindung mit dem FBI vorgeschlagen worden war und entsprechende Überlegungen auch in Kolumbien angestellt worden waren. Weitergehende Vorschläge aus den Reihen von Kinderpsychiatern, anhand von Kindergarten-Reihenuntersuchungen potentiell gefährliche Kinder oder Jugendliche zu identifizieren, zu therapieren und entsprechend durch verschieden programmierte Chips zu markieren, werden noch immer abgelehnt. Größere Systeme waren bereits Ende des letzten Jahrhunderts im Einsatz: Gewalttätige Ehepartner konnten dazu verurteilt werden, einen Sender zu tragen, der mit einem Empfänger korrespondiert, den der geschlagene Partner trug und der Alarm auslöste, wenn sich der Schläger dem Opfer innerhalb einer vorher festgelegten Entfernung näherte.

Dass die Video-Überwachungssysteme übrigens bei ihrer Einführung nicht unumstritten waren, ist längst vergessen: Wurde doch Ende Juni des Jahres 2000 ein baden-württembergischer Landtagsabgeordneter in der Tiefgarage des Stuttgarter Landtages von der Polizei zur Blutprobe gebeten, weil die einen Tag zuvor installierten Videokameras seine unvollkommenen Fahrkünste der Zentrale dokumentiert hatten, die damals noch manuell (bzw. visuell) überwachte. Inzwischen ist das Thema „Alkohol im Verkehr“ ohnehin ausgestanden, da jedes Fahrzeug mit entsprechenden Atemkontrollgeräten ausgestattet ist, die nur dann eine Inbetriebnahme ermöglichen, wenn der Fahrer nicht unter Alkohol- oder Drogeneinfluss steht.

Diejenigen, die anfangs die schärfsten Verfechter der Video-Überwachung waren, zählten zu den ersten Kritikern, nachdem sie selbst davon betroffen waren. Damals wurde auch intensiv und lange über den sog. „Datenschutz“ diskutiert. Nachdem sich das Argument, wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten, immer mehr durchgesetzt hatte und aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung ein effektiver Datenschutz ohnehin nicht mehr möglich war, wurden diese Gesetze um das Jahr 2010 herum mit der Zustimmung aller Parteien abgeschafft.

Ach so, fast hätte ich vergessen zu erwähnen, zu welchem Problem unser Abweichungssachverständiger Max vor dem Europäischen Parlament Stellung beziehen sollte: Es ging um die Frage, wie die seit dem Jahr 2000 eingeführten flächendeckende Videoüberwachung zu bewerten ist, welche Vor- und Nachteile, Wirkungen und Folgen sich daraus ergeben haben und ob sich die im Jahre 2000 für Teilbereiche eingeführte und 20 Jahre später modifizierte gesetzliche Regelung bewährt habe. Seit der Einführung von Verfallklauseln für Gesetze im Jahr 2006 ist der Gesetzgeber nämlich verpflichtet, alle 10 bzw. 20 Jahre eine unabhängige Evaluation der entsprechenden

Vorschriften durchführen zu lassen. Fällt diese negativ aus, d.h. haben sich die mit dem Gesetz vorgesehenen Erwartungen nicht erfüllt, verfällt das Gesetz.

Wie gewünscht und üblich, gibt der Sachverständige seine Stellungnahme als „executive summary“, d.h. auch für vielbeschäftigte Politiker les- und verstehbar ab. Im folgenden einige Auszüge aus der Stellungnahme:

Die Videoüberwachung hat sich im innerstädtischen Bereich relativ schnell ausgebreitet, weil sich dadurch kleinere Straftaten und Unordentlichkeiten wie das Wegwerfen von Papier oder Zigarettenskippen relativ wirksam verhindern lassen. Videoüberwachte Bereiche werden von bestimmten Personengruppen gemieden, was den Geschäftsinhabern wiederum sehr recht ist, weil es sich dabei um wenig kaufkräftige Kunden handelt. Parallel dazu hat sich dort, wo nicht oder nicht regelmäßig überwacht wird (weil für diesen Bereich z.B. keine finanzkräftigen Sponsoren vorhanden sind) eine Zone entwickelt, wo sich diejenigen treffen, die aus verschiedensten Gründen nicht oder nicht miteinander gesehen werden wollen. Diese durchaus bunte Szene (Punks, Alkis, Drogis, Neo-Nazis, aber auch Politiker, die der Überwachung entgehen wollen, wenn sie sich mit jemandem zur Übergaben von Informationen oder Geld treffen) hat sich weiterentwickelt und es wird inzwischen damit geworben, dass bestimmte Bereiche nicht durch Video überwacht sind. Zunehmend meiden Bürger die sterilen videokontrollierten Bereiche oder suchen sie nur auf, um unabdingbare Geschäfte zu erledigen. Kommunikation findet dort kaum noch statt, seitdem man weiß, dass auch akustische Kontrollen möglich sind. Man trifft sich vielmehr in „No-Control-Areas“, die eine eigene Kultur (einschl. einer eigenen Kontrollkultur) entwickelt haben.

Neben diesen Gebieten sind Bereiche entstanden, in die niemand gerne geht: In Fortführung der amerikanischen Ghettos haben sich diejenigen, die nicht gesehen werden wollen, dorthin zurückgezogen und entsprechend verändern sich diese Viertel. Die Folge ist eine 3-Klassen-Stadt mit einer 3-Klassen-Gesellschaft: Der Videoüberwachte Kommerz-Teil, der nicht-video-überwachte, aber kontrollierte Freizeit-Teil und der „No-Go-Teil“. „Sicher“ fühlen sich die Bürger im Video-überwachten Teil, aber nach der anfänglichen Euphorie hat man doch erkannt, dass es nicht immer wünschenswert ist, wenn man auf Schritt und Tritt überwacht wird. Umso mehr hat man Angst, wenn man aus dem Überwachungsbereich der Video-Kameras austritt, wenn man erkennt, dass eine Kamera defekt oder schnelle Hilfe trotzdem nicht verfügbar ist. Denn die Frage ist und war für den Bürger wesentlich: Wenn mir etwas passiert, wird mir dann schnell und effektiv geholfen?

*John Tunick beschreibt in seinem Szenario „L.A. 2022“<sup>9</sup> vier verschiedene Klassen: Da gibt es die Reichen, die max. 2-3 % der Bevölkerung ausmachen und die in riesigen, abgeäuerten Bereichen leben. Sie leben nur unter sich und haben keine Berührung mit anderen. Daher werden sie auch nicht als Teil der Vereinigten Staaten betrachtet. Sie leben innerhalb ihrer eigenen Grenzen, zahlen keine Steuern und sie unterliegen anderen Gesetzen als „die anderen“. Da diese Menschen dem Staat das Geld für seine Aktivitäten geliehen hatten, ist der Staat nun ihr Gläubiger; ihnen gehört praktisch das Land. Zwar gibt es noch Wahlen, aber diese erinnern eher an ein Puppenspiel, bei dem Personen im Hintergrund die Fäden ziehen.*

*Die zweite Klasse (upper class) (etwa 10%) besteht aus ebenfalls Reichen, aber bei weitem nicht so wohlhabenden Personen wie die erste Klasse. Sie besteht im wesentlichen aus Athleten, Schauspielern,*

---

<sup>9</sup> Alle folgenden Zitate sind entnommen aus: John Tunick, L.A. 2022: [www.soc.hawaii.edu/future/j7/tunick.html](http://www.soc.hawaii.edu/future/j7/tunick.html)

*Musikern und Produzenten, wohlhabenden Ärzten und Geschäftsleuten sowie Politikern, die unter den übrigen Menschen leben.*

*Die dritte Klasse könnte als Mittelschicht bezeichnet werden. Dazu gehören Ärzte, Rechtsanwälte, Lehrer, Bankiers, Geschäftsleute und Computerspezialisten. Sie machen etwa 30-35% der Bevölkerung aus. Die meisten von ihnen gehen nur noch einige Male im Monat in ein Büro, ansonsten arbeiten sie zuhause am Computer oder treffen sich mit Klienten in Restaurants.*

*Die vierte Klasse besteht aus etwa 40-50% der Bevölkerung. Sie ist bekannt als die „working poor“ (die armen Arbeiter). Dazu gehören Haushaltsangestellte, Servicepersonal, Gefängniswärter u.a. Sie haben praktisch keine Schulbildung und leben in kleinen, heruntergekommenen Baracken am Rande der Städte. Ein Bett wird dabei als Luxus angesehen, die meisten schlafen auf dem Boden. Die Baracke dient nur zum Schutz vor Wind und Regen, wobei die meisten Bewohner froh darum sind, wenigstens eine solche Hütte zu haben.*

*Zusätzlich gibt es dann noch die „non-working poor – the criminal class“ (Tunick), also die Kriminellen, die als einzige noch Bargeld benutzen, keinen Computer besitzen, in Clans auf der Strasse leben und mehr oder weniger „vogelfrei“ sind. Da Supermärkte und auch Einzelhandelsgeschäfte schon längst kein Bargeld mehr annehmen, können sich diese Menschen keine Lebensmittel kaufen, zumal Essensgutscheine u.ä. abgeschafft wurden. Da sie nirgends registriert sind, wird ihnen der Zugang zu Gebäuden bereits elektronisch verwehrt und niemand weiss genau, wie viele es davon gibt: „Es ist kein grosses Ding, heutzutage jemanden zu töten, der keine Steuern zahlt. Tatsächlich kümmert es die Polizei nicht, ausser du tötest einen Steuerzahler oder einen Polizeibeamten. In diesem Fall werden sie dich jagen, bis sie dich haben, und du gehst den Rest deines Lebens ins Gefängnis, aber vorher werden sie dich noch foltern. Das ist eine Art „Wir-gegen-die-anderen-Mentalität“. Die Kriminellen gegen jedermann, und die Polizei gegen die Kriminellen. Cops jagen nur hinter den Kriminellen her. Da sie nicht registriert sind, werden sie nicht als Bürger der Vereinigten Staaten angesehen“. Übrigens sind diese Kriminellen neben Taxi- und Busfahrern sowie der Polizei auch die einzigen, die noch Autos besitzen: Für alle anderen ist Autofahren längst zu gefährlich geworden: „Zivilisten fürchten sich vor dem Fahren im eigenen Wagen, weil Auto-Entführung (car-napping) so alltäglich geworden ist. Kriminelle fahren in den Straßen umher, und wenn sie einen Zivilist im Auto sehen, schießen sie in einen der Reifen. Dann, wenn der Zivilist an den Straßenrand lenkt, erschießt der Kriminelle den Zivilist und nimmt das Auto. Viele Kriminelle leben in ihren Autos oder sammeln sie als Zeichen des Wohlstands.“. Die Polizei, in dem Szenario von Tunick etwa 20% der Bevölkerung, beschränkt sich darauf, die Reichen von den Armen und die Kriminellen von den Nicht-Kriminellen zu trennen: „Die Polizei arbeitet für die Regierung, in der Regierung bestimmen die Wohlhabenden, und die Wohlhabenden mögen die kriminelle Klasse nicht. Die Reichen betrachten sie als Bedrohung für ihre ganze Existenz. Daher verbringt die Polizei ihre Zeit damit, Kriminelle einzusperrn oder einfach zu töten. Die Polizei bekommt einen kleinen Bonus für jede nicht gemeldete Person, die sie einsperrt oder tötet. Die Polizei nimmt auch gern Drogendealer hoch, weil die viel Geld haben. Nach dem, was ich höre, berührt die Polizei diese Drogendealer nicht einmal. Sie nimmt ihnen einfach das Geld ab, und das war's. Das ist wie Steuern zahlen. Die Polizei kommt immer wieder und nimmt denselben Dealer alle paar Wochen aus. Ein großer Drogenhändler zu sein, ist ein geachteter Beruf, weil es der Polizei Geld einbringt.“*

*Dennoch ist der Protagonist in Tunick's Szenarium nicht unzufrieden: „Obwohl es vielleicht wie ein ziemlich Angst einflößender Ort aussieht, ist er tatsächlich gar nicht so schlecht zum Leben, wenn man ein Steuern zahlender Bürger und eingetragenes Regierungsmitglied ist. Man muss nur einige Vorsichtsmaßnahmen treffen, wie z.B. Orte meiden, wo man mit den arbeitslosen Armen (Kriminellen) in Berührung kommen könnte. An den meisten Orten, zu denen man gehen möchte bekommt man nur durch automatischer Identifizierung der Stimme Zugang, wodurch die Gefahr, mit diesen Leuten in Berührung zu kommen, ausgeschlossen wird. Außerdem patrouilliert die Polizei überall und unübersehbar. Etwa 20 % der Bevölkerung gehören zur Polizei. Die Polizei tut ihr Bestes, um die Kriminellen vom Rest der Bevölkerung fernzuhalten, weil die bei der Regierung eingetragenen Steuern zahlen. Wenn Steuerzahler getötet werden, gibt es weniger Steuern für die Wohlhabenden. Die Wohlhabenden haben heutzutage alles in der Hand, aber hatten sie das nicht immer schon?“*

„Sicherheit“ hat verschiedenste Facetten. Sicherheit vor Straftaten ist nur eine der „Sicherheiten“ in der Gesellschaft. Die Angst vor Kriminalität steht bei den Bürgern da-

bei nicht an oberster Stelle, obwohl dies immer wieder behauptet wird. Fragt man mit einer sog. „offenen“ Frage, d.h. ohne ein Schlag- oder Reizwort vorzugeben, danach, was die größten Probleme in der Gesellschaft sind, rangiert Kriminalität auf den hinteren Plätzen (etwa auf Rang 12)<sup>10</sup>. Bei den einzelnen Straftaten, vor denen sich die Bürger fürchten, liegen nicht Raub und Diebstahl an vorderster Stelle, sondern die Umweltkriminalität. Dennoch fällt der Bürger immer wieder auf das oft und laut wiedergegebene Muster herein, wonach mehr Polizei und härtere Gesetze seine Probleme lösen könnten: Während z.B. bei der Befragung in Ravensburg/Weingarten 1994 auf die Frage einer damaligen Forschergruppe<sup>11</sup>, was die Gründe für einen (unterstellten) Kriminalitätsanstieg sind, nur 3,9% angaben „zu wenig Polizei“ (die ganz große Mehrzahl benennt soziale Faktoren), meinten 27,7%, dass eine Lösung dieses Problems durch „mehr Polizei(Präsenz)“ möglich sei<sup>12</sup>.

Die Forderung nach mehr Polizeistreifen zieht sich wie ein roter Faden durch alle Befragungen dieser Art. Reuband stellt in seiner Studie fest: „Mit steigender Häufigkeit von Polizeipräsenz steigt die subjektive Sicherheit zunächst erwartungsgemäß, sinkt dann – sobald es um die fast tägliche Präsenz geht – wieder ab. Die größte subjektive Sicherheit ergibt sich, wo die Polizei häufig – mindestens einmal die Woche -, aber nicht täglich gesehen wird. ... Diejenigen, die keine Polizei und diejenigen, welche sie fast täglich wahrnehmen, wiesen annähernd gleich große Werte für das subjektive Sicherheitsgefühl auf“<sup>13</sup>. Lisbach und Spieß stellten anhand der Ergebnisse der 1995 von der o.gen. Forschergruppe durchgeführten Befragung von über 20.000 Bürgern in Deutschland fest, dass die Wahrnehmung von Polizeipräsenz in der Tendenz eher mit erhöhter Kriminalitätsfurcht verbunden ist - selbst bei Kontrolle von Urbanisierungsgrad und selbstberichteter Viktimisierung. Ein Befund, der auch durch verschiedene örtliche Bürgerbefragungen bestätigt wird<sup>14</sup>. Für die von mir im Jahre 2000 untersuchten Schweizer Städte galt, dass zwischen Wahrnehmung von Polizeistreifen im eigenen Wohngebiet und der Angst, Opfer zu werden sowie der Furcht, nachts alleine in der eigenen Wohnung kein signifikanter Zusammenhang besteht. Jedoch hatten diejenigen, die zuletzt eine Polizeipatrouille vor mehr als einer Woche bzw. einem Monat gesehen haben, häufiger „oft“ oder „sehr oft“ nachts Angst vor Straftaten in der eigenen Wohngegend.

Reuband vermutet, dass sich Polizeipräsenz an Orten, mit denen man vertraut ist, anders auswirkt als an Orten geringer Vertrautheit<sup>15</sup>. Zudem gäbe es einen Schwellen-

<sup>10</sup> Vgl. die jährlich von der R+V-Versicherung durchgeführte Umfrage:

<http://www.ruv.de/infos/studien/angstdtdt/einstieg.html>. Auch die Befragungen im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention in Baden-Württemberg Ende der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts bestätigen diese Tendenz; vgl. D. Dölling, D. Hermann, Ch. Simsa, Kriminalität und soziale Probleme im räumlichen Vergleich. In: Th. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, Holzkirchen 1995, S. 69 ff.

<sup>11</sup> Die „Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg“, gegründet 1994, bestand aus Prof. Dr. Dieter Dölling und Dr. Dieter Hermann (Univ. Heidelberg), Prof. Dr. Wolfgang Heinz und Gerhard Spieß (Univ. Konstanz), Prof. Dr. Helmut Kury und Dr. Obergfell-Fuchs (Max-Planck-Institut Freiburg) sowie Prof. Dr. Thomas Feltes (Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen).

<sup>12</sup> W. Heinz, G. Spieß, Viktimisierung, Anzeigeerstattung und Einschätzung der Arbeit der Polizei durch die Bürger. In: Th. Feltes (Hrsg.), Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, Holzkirchen 1995, S.93 ff., S.116 f.

<sup>13</sup> K.-H. Reuband, Wahrgenommene Polizeipräsenz in der Wohngegend und ihre Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl. Die Polizei 4, 1999, S. 112 ff.; s.a. ders., Kriminalitätsfurcht in Ost- und Westdeutschland. Zur Bedeutung psychosozialer Einflussfaktoren. In: Soziale Probleme 3, 2, 1993, S. 211 ff.

<sup>14</sup> Lisbach/Spiess, Ms., erscheint 2000; s.a. Hermann, D.; Bubenitschek, G.: Kommunale Kriminalprävention. Probleme bei der Implementation von Lösungsvarianten, Kriminalistik (8) 1999, S. 546 ff.

<sup>15</sup> Reuband aaO., S. 115

wert, dessen Überschreitung für das Sicherheitsgefühl der Bürger kontraproduktiv wäre.

Der Sicherheitsgewinn im geschäftlichen wie privaten Bereich beschränkt sich zudem auf diejenigen, die sich diese Sicherheit leisten können. Nachdem die meisten Häuser wohlhabender Bürger einbruchssicher gemacht wurden, setzte sich auch in Deutschland die Tendenz durch, die man bereits aus den USA Ende des 20. Jahrhunderts kannte: Immer weniger Bürger werden immer öfter Opfer von Straftaten, und dies sind die Angehörigen unterer sozialer Schichten<sup>16</sup>. Die Zahl der Haushalte, die bei der jährlich durchgeführten Opferbefragung angaben, Opfer einer Straftat geworden zu sein, war um das Jahr 2000 herum um 25% niedriger als bei der Einführung dieser Befragung vor 25 Jahren. Dennoch wurde (umgerechnet) jede Woche ein neues 1.000-Betten Gefängnis in den USA eröffnet – viele davon privat geführt, mit dem Ergebnis, dass die Aktien der Corrections Corporation of America, die die meisten dieser Gefängnisse baut und betreibt, zwischen 1994 und 1999 um das 10-fache im Wert gestiegen waren<sup>17</sup>.

Die Videoüberwachung hat dazu geführt, dass den „kleinen Ganoven“ und den Ordnungsstörern das Handwerk – zumindest in den überwachten Bereichen – gelegt wurde. Gleichzeitig werden aber immer neue „sophisticated crimes“ entdeckt, die sich gerade dieser elektronischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts bedienen. Da es eine Gesellschaft ohne abweichendes Verhalten nicht gibt und Kriminalität auf Dauer nicht bekämpft werden kann, wird durch eine Erweiterung der elektronischen Überwachung eine Spirale in Gang gesetzt wird, die letztendlich eher negative Folgen hat. Bewohner sog. „Gated Communities“, also von ausgegrenzten und rund um die Uhr überwachten und kontrollierten Wohngebieten (1999 sollen dies mehr als 8 Mio. US-Bürger gewesen sein), verkaufen zunehmend wieder ihr Eigentum, weil sie die Sterilität ihrer Umgebung nicht aushalten.

Innere Sicherheit ist ein wichtiger Standortfaktor der aber mehr Teilbereiche hat als nur die Sicherheit vor Straftaten. Das positive Lebensgefühl in einer Stadt oder in einem Wohngebiet hängt von vielen verschiedenen Faktoren und vor allem davon ab, wie sich diese Faktoren zueinander verhalten und wie die für die Gemeinde Verantwortlichen damit umgehen. Oftmals wird „Kriminalität“ nur als Synonym für andere Probleme gesehen. Kriminalität als Problem hat den großen Vorteil, konkrete Sündenböcke zu liefern (während die von den Bürgern eigentlich als vordringlich angesehenen Probleme wie Verkehr, Umwelt oder soziale Sicherung keine konkret benenn- und personalisierbaren Verursacher haben oder diese Verursacher „wir selbst“ sind).

Verschiedene Studien haben gezeigt, dass „Opfer vom Hörensagen“ (also Personen, die jemanden kennen, der meint, Opfer einer Straftat geworden zu sein), eine deutlich

---

<sup>16</sup> Zu früheren Ergebnissen des Victim Surveys vgl. Th. Feltes, Opferrisiko in den USA In: Bewährungshilfe 1, 1989, S. 465 ff.

<sup>17</sup> Vgl. Eric Schlosser, The Prison-Industrial Complex. In: The Atlantiv Monthly, December 1998; vgl. auch Th. Feltes: Gartenzwerge aus New York? (erscheint 2001 in Kriminalistik).

höhere Verbrechensfurcht haben als diejenigen, die selbst Opfer geworden sind<sup>18</sup>. Sie beurteilen die Sicherheitslage in ihrer Stadt schlechter, fordern mehr Polizeistreifen und bewerten auch die Polizeiarbeit deutlich schlechter. Daraus kann und muss man den Schluss ziehen, dass Verbrechensfurcht unter allen Umständen vermieden und keinesfalls geschürt werden darf. Wird durch Videoüberwachung der Eindruck erweckt, dass es notwendig ist, zu überwachen, dann wird dadurch die Verbrechensfurcht insgesamt geschürt, auch wenn sie in dem konkreten Bereich, wo überwacht wird, möglicherweise reduziert wird.

Fragt man Bürger danach, wo sie sich in einer Stadt konkret fürchten, dann sind dies in der Regel Bereiche, die dunkel, unübersichtlich, schmutzig sind und wo sich Personen aufhalten, die man nicht einordnen kann. Die Themen „Fremde“ und „Jugendliche“ spielen dabei eine besondere Rolle. „Fremde“ sind Ortsfremde und Kulturfremde. Entsprechend ist dort, wo die meisten Fremden sind, das persönliche Sicherheitsgefühl am niedrigsten und umgekehrt fühlen sich in kleineren Ortsteilen, wo „jeder jeden kennt“, die Menschen besonders sicher. Zusammenhänge zwischen „Herumlungen“ und erhöhter Devianz oder Kriminalität werden hergestellt, ohne dass es dafür objektive Beweise gibt. Ob man sich sicher oder unsicher, wohl oder unwohl fühlt hat wohl damit zu tun, ob man die Leute kennt oder nicht kennt. Die Frage ist: „Die Leute, denen ich begegne – weiß ich die einzuordnen, weiß ich, was ich von denen zu erwarten habe?“ Wenn man die Menschen und ihren Hintergrund kennt, glaubt man, die Situation leichter einordnen zu können. Entsprechend ist man vorbereitet, kann sein Verhalten anpassen und somit sichergehen, dass man nur absehbare Reaktionen hervorruft. Denn sich „sicher fühlen“ ist manchmal nur ein anderer Begriff für „alles unter Kontrolle haben“. Die Begegnung mit einer Gruppe (unbekannter) Jugendlicher oder junger Erwachsener macht dies deutlich: Sobald dort ein bekanntes Gesicht in der Gruppe ist, wird die Fremdheit und damit die Verunsicherung aufgehoben und man hat keine Angst mehr. Als Grund für ihre Ängste an bestimmten Orten in einer Gemeinde geben viele Befragte an, dass sie glauben, dass sich dort in der Nähe Straftaten ereignen. Dabei ist man selbst in der Regel nicht Opfer geworden und es gibt oftmals auch keine objektiven Hinweise auf solche Straftaten. Ob durch Video-Überwachung solche Ängste auf Dauer abgebaut werden können, muss bezweifelt werden.

Für den Funktionswandel der Innenstädte bei zunehmender Dominanz von Supermärkten und Schnellimbissen und gleichzeitigem Verlust der Wohn- und Kommunikationsfunktion ist die wahrgenommene Gefährdung durch Kriminalität nur ein Aspekt der Fehlentwicklung der städtischen Lebensumwelt. Notwendig wäre ein grundlegend anderes Verständnis von Problemen, das an den Ursachen ansetzt. Der strukturelle Egoismus einer fragmentierten Gesellschaft ist eine Bedrohung demokratischer Strukturen, weil Demokratie vom Miteinander und Füreinander lebt. Der Rückzug in die Individualität wird mittelfristig zur Erosion selbst bislang stabiler Demokratien führen. Ohne die Wiederbelebung der Nachbarschaften ist eine dauerhafte positive Veränderung nicht möglich. Unmittelbares Engagement der Polizei für die Probleme der Bürger und unmittelbarer Kontakt mit ihnen, flexible und gemeinsam gefundene

---

<sup>18</sup> Vgl. Th. Feltes, Die Angst des Opfers vom Hörensagen: Warum sind Nicht-Opfer ängstlicher als Opfer? (Ms., 2000, im Druck); Th. Feltes, Viktimisierung und Verbrechensfurcht im ländlichen Raum 2000 (Ms., in Vorbereitung)

Antworten auf die Herausforderungen der lokalen Gefährdung der inneren Sicherheit bedeuten ein neues Verständnis von Polizeiarbeit.

Anonyme Video-Überwachung, sofern sie nicht begleitet wird von bürgernaheer Polizeiarbeit, ist hier eher dysfunktional. Es wäre ein entscheidender Fehler, ganze Bevölkerungsgruppen auszugrenzen, in dem ihnen der Zutritt zu bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens ganz oder teilweise, faktisch oder rechtlich verwehrt wird. Eine Gesellschaft, die damit beginnt, einzelne Gruppen auszugrenzen, zerstört das Fundament, auf dem sie erbaut ist. Gefordert ist kreatives und bürgerschaftliches Engagement – gemeinsam und nicht gegeneinander.

William Sabol, Forscher am renommierten Washingtoner Urban Institute, war 1999 der Frage nachgegangen, wie sich die amerikanischen Städte im nächsten Jahrhundert entwickeln werden<sup>19</sup>. Er geht davon aus, daß bestimmte Stadtteile, in die sich gesellschaftliche Randgruppen zurückziehen werden, nicht mehr in der Lage sind, diese Situation zu meistern. Die Bezirke werden ihren zivilen Charakter verlieren, eingesessene Familien ziehen weg und diese Bereiche werden zu Stadtteilen der Ausgestoßenen werden. Die Gefahr, daß dadurch die demokratischen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts unterminiert werden und die Gesellschaft selbst zu einer Zeitbombe wird, ist groß. Nicht wenige sehen die Zukunft der amerikanischen Städte im gewalttätigen Chaos versinken, regiert von einer riesigen Armee wütender, hasserfüllter Ex-Häftlinge, die ohne schulische und berufliche Ausbildung, ohne Wohnung und Familie und aufgrund ihrer Gefängniserfahrung gereizt bis aufs Blut auf den Straßen leben. Mittel- und Oberschicht werden sich in mehr oder weniger geschützte Bezirke zurückziehen. Die Unterschicht kann sich arrangieren, oder zurückschlagen – Bürgerkrieg in den Städten ist die Folge. Wie sagte doch der sog. „Drogenzar“ der amerikanischen Regierung, Barry McCaffrey in einer Rede Ende 1999: „Harte Sprüche gegen die Kriminalität sind kein Maßstab für Erfolg. Der Maßstab sollten die Lebensqualität in unseren Städten und Nachbarschaften, die Zukunft unserer heranwachsenden Generation und die Ideale unserer Nation sein.“ „Amerikas interner Gulag“ wird das Strafvollzugssystem der USA von ihm genannt. McCaffrey leitet das Office of National Drug Control Policy (ONDCP), das direkt dem Weißen Haus unterstellt ist und das jährlich fast 18 Milliarden US Dollar zur Verfügung hat

Sicherheit funktioniert dort, wo alle ein gemeinsames Interesse daran haben und sich bestimmten Regelungen unterwerfen<sup>20</sup>. Dies bedeutet Konsens in der Gemeinschaft oder Gesellschaft. Je weniger dieser Konsens vorhanden ist, umso eher ist die öffentliche Sicherheit in Gefahr. Ob dieser Konsens mit elektronischen Mitteln herzustellen ist, darf bezweifelt werden. Daraus ergibt sich, dass Video-Überwachung sehr sensibel und nur in „homöopathischen Dosen“ angewendet werden darf. Sie sollte nur dort eingesetzt werden, wo es tatsächlich und nachweisbar notwendig ist. Dies ist zu begründen, zu beweisen und offen zu legen. Durch regelmäßige Evaluation und entsprechende Testphasen ist sicherzustellen, dass die Video-Überwachung dort wieder entfernt

<sup>19</sup> Vgl. Sasha Abramsky, When They Get Out. In: The Atlantic Monthly June 1999; auch verfügbar unter <http://www.theatlantiv.com/issues/current/9906prisoners.htm>

<sup>20</sup> Eindrucksvoll beschrieben am Beispiel von Disneyland von C.D. Shearing und P.C. Stenning: From the Panopticum to Disney World: The Development of Discipline. In: Perspectives in Criminal Law, hrsg. von A.N. Doob und R.I. Greenspan, Toronto 1984.

wird, wo sie nicht mehr notwendig ist. Reine kommerzielle Interessen dürfen keinesfalls eine polizeiliche Überwachung rechtfertigen und umgekehrt sollten private Überwachungssysteme der Polizei nicht zugänglich sein, um Verantwortlichkeiten nicht zu verschleiern.

Wird man über diese letzten Sätze schmunzeln, wenn man sie im Jahr 2020 liest? Wohl kaum, denn dann wird voraussichtlich niemand mehr die Wehklagen der „Gutmenschen“ des Jahres 2000 hören wollen.

*Zum Autor:*

*Thomas Feltes hat in Bielefeld Rechts- und Erziehungswissenschaften studiert (Dr.jur., M.A. päd.) und nach Tätigkeiten an den juristischen Fakultäten der Universitäten Bielefeld, Hamburg und Heidelberg in Tübingen mit einer Arbeit zum staatlichen Strafanspruch habilitiert. 1992 wurde er zum Rektor der Hochschule für Polizei des Landes Baden-Württemberg ernannt. Arbeitsschwerpunkte: Polizeiwissenschaft, Jugendkriminalität, Instanzen der Strafverfolgung. Seit 1999 ist er Herausgeber des ersten elektronischen Polizei-Newsletters, den man kostenfrei abonnieren kann, indem man eine mail (ohne weitere Angaben) schickt an: [join-polizei-newsletter@speedlink.de](mailto:join-polizei-newsletter@speedlink.de)  
[ThomasFeltes@fhpol-vs.de](mailto:ThomasFeltes@fhpol-vs.de); <http://www.fhpol-vs.de> sowie <http://www.Felix-Verlag.de>*